

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 004.11 / 07.01.2011

Landesregierung muss endlich die Dimension des Skandals erkennen

Zum Dioxinskandal sagt der verbraucherpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Die Untersuchungen zeigen, es handelt sich nicht um eine zufällige Belastung - hier wurde systematisch Müll entsorgt. Die neuen Ergebnisse machen deutlich, dass dies über eine längere Zeit erfolgt sein muss. Ein schleswig-holsteinisches Unternehmen ist Ausgangspunkt und Drehscheibe dieser Müllentsorgung in die Lebensmittelkette.

Wir sind am Tag 15 des Skandals angekommen. Bereits am 23. Dezember hatte die Landesregierung Kenntnis von den Dioxinfunden in Futtermitteln. Sie hätte sofort handeln müssen. Bis zum 27. Dezember hat die Landesregierung wertvolle Zeit verstreichen lassen. Zeit, die für Sicherungsmaßnahmen und die Weitergabe von Informationen an das europaweite Frühwarnsystem nötig gewesen wäre.

Erst gestern hat das Ministerium eine Informationsseite für VerbraucherInnen eingerichtet. Und auch hier fehlen wichtige Informationen wie der Zugang zu Chargennummern betroffener Eierpartien. Lebensmittel werden über Landesgrenzen hinweg gehandelt. Gibt es keinen Krisenplan für eine offensive Verbraucherinformationspolitik?

Bereits vor über einer Woche war bekannt, dass belastete Futterfette auch an ein Hamburger Futtermittelbetrieb geliefert wurde. Es hat bis zum 5. Januar gedauert, bis die Landesregierung die Information hatte, an welche 52 Betriebe in Schleswig-Holstein geliefert wurde.

In Zeiten von elektronisch gesteuerten Qualitätssicherungssystemen und Internet hätten innerhalb von Minuten die Daten vorliegen müssen. Aber bis heute ist das Ministerium nicht in der Lage die weiteren Lieferungen, die über acht schleswig-holsteinische Handelshäuser liefen, komplett zuzuordnen. Wertvolle Zeit geht verloren für VerbraucherInnen, aber auch für die viele betroffene Betriebe.

Die Praxis der Kontrollen durch das Land Schleswig-Holstein scheint doch sehr fragwürdig. Warum wurde das Unternehmen in Ütersen lediglich einmal jährlich überprüft? Die Kontrollen müssen risikobasiert erfolgen. Immerhin handelt, es sich um einen Futterfettmischer, der allein aufgrund der breiten Streuung seiner Produkte ein großes Risiko darstellt, und nicht um eine Pommesbude. Es wäre einfacher, einen Risikobetrieb, wie diesen in Ütersen von vornherein gut zu kontrollieren, als jetzt Millionen Hühnereien und Schweinebraten hinterherzulaufen.

Wie konnte es den Kontrollen der Landesregierung entgehen, dass große Mengen Futterfett in einer nicht zugelassenen Betriebsstätte im niedersächsischen Bösel gemischt wurden? Die Betriebsstätte in Niedersachsen hat anscheinend niemand kontrolliert. Ein kritischer Blick in die gehandelten Mengenbilanzen hätte diesen Zustand aufdecken müssen.

Jetzt sind auch Ergebnisse belasteter Proben bekannt geworden, die schon einige Monate zurück liegen. Die Landesregierung muss endlich die ganze Dimension dieses Skandals erkennen. Sie hat die Lebens- und Futtermittelaufsicht im Landeslabor aus auch Haushaltsgründen ausgedünnt. Sie hat es aber versäumt neue Modelle zur Finanzierung der Verbraucherschutzarbeit zu entwickeln. Diese sollten am Verursacherprinzip ausgerichtet werden, zum Beispiel durch risikoorientierte Umlagen der zu kontrollierenden Wirtschaftsbranchen.

Die Landesregierung muss endlich begreifen, dass moderne Verbraucherschutzpolitik auch wichtiger Baustein einer modernen Standortpolitik ist. Bisher verfolgt sie das Ziel einer auf Exportorientierung ausgerichteten möglichst billigen Erzeugung in agrarindustriellen Strukturen. Genau in diesen Strukturen liegt die Ursache auch für diesen Skandal.
